

gibt es also ganz ähnliche Initiativen. Darüber sind wir uns einig; wir beraten auch gemeinsam darüber.

Zum Schluss noch: Wir müssen Regelungen finden, zum Beispiel für Kommunen wie den Kreis Kleve – Monika Düker hat es angesprochen –, aber unbedingt auch für die medizinische Versorgung, damit Sachen wie der Tod des 23-jährigen Mohammad Sillah nicht mehr passieren, dem die ärztliche Behandlung verweigert wurde, der nicht rechtzeitig ärztlich behandelt wurde. Diese Sachen müssen wir angehen. Wir wollen sie im konstruktiven Dialog mit Ihnen lösen.

Mir stellt sich noch eine einzige Frage. Der Abgeordnete Yetim hatte die Vergleichbarkeit zwischen einem deutschen Arbeiter, der 25 Jahre gearbeitet hat, und einem Asylbewerber – man weiß es nicht, er hat vielleicht nicht in Deutschland gearbeitet – angesprochen. Der springende Punkt ist doch: Auch für einen deutschen Arbeiter, der 25 Jahre gearbeitet hat, sind 345 € im Monat zu wenig. Man muss vielleicht noch einmal grundsätzlich über die Hartz-IV-Regelsätze diskutieren.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wie bereits mehrfach durch die Rednerinnen und Redner mitgeteilt, empfiehlt uns der Ältestenrat die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1188** an den **Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren, und der Antrag ist überwiesen.

Ich rufe auf:

8 Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen dürfen sich nicht verschlechtern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1199

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema „Qualität an den Hochschulen“ mit unserem Antrag heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt, weil die Landesregierung hier absolut dreist agiert. Meines Erachtens dürfen wir uns das als Parlament nicht einfach so bieten lassen. Ich sage an die Adresse von SPD und Grünen: Wir lassen Ihnen das, was Sie hier machen

wollen, nicht durchgehen. Sie legen einen vollkommen unzureichenden Gesetzentwurf vor, begründen das Ganze absolut falsch und halten dann noch an dem Märchen fest, die Qualität an Hochschulen würde nicht leiden, wenn Sie die Mittel aus den Studienbeiträgen wegnehmen.

Aber Fakten können Sie nicht einfach so interpretieren, wie Sie wollen. Ihre Kompensationsmittel wollen Sie nach wie vor an dem Stand der Studierendenzahlen aus dem Wintersemester 2009/2010 festmachen. Die Rechnung ist ganz einfach. Studierendenzahlen 2009/2010: 502.279, Studierendenzahlen 2010/2011: 518.800 – Tendenz steigend. Das bedeutet, bei Ihrer Kalkulation berücksichtigen Sie über 16.000 junge Menschen überhaupt nicht. Von der Aussetzung der Wehrpflicht und dem doppelten Abiturjahrgang rede ich schon gar nicht. Da klafft eine riesige Lücke, und diese Lücke können die Hochschulen nicht schließen. Die von Ihnen versprochene und von allen Experten geforderte Dynamik ist nicht vorhanden. Das sind die uns vorliegenden Fakten.

Frau Schulze sagt dazu – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: Wir sind da intensiv dran. – Was soll denn das heißen? Wenn wir ehrlich sind, sagt man so etwas immer dann, wenn man vollkommen planlos herumsteht und nicht weiß, wie man das Problem lösen kann. Und Sie haben einige Probleme. Die Anhörung im Ausschuss war ein Desaster für Sie. Die Sachverständigen haben Ihr Vorhaben zerpfückt.

Ich kann die Anhörung noch einmal in Erinnerung rufen, insbesondere für die Ministerin, weil sie bei der Anhörung nicht anwesend war. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Frau Prof. Dr. Gather spricht von einem Erfolgsmodell und einem Qualitätsgewinn, der ohne diese zusätzlichen Mittel nicht erzielbar gewesen wäre.

Frau Prof. Dr. Rennen-Allhoff: „Die Mittel ... haben ganz erheblich zu einer Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen beigetragen.“

Prof. Schuhenn: Die Studienbeiträge haben dazu geführt, „dass die Studierenden in einem unglaublichen zusätzlichen Maß von Maßnahmen profitieren können, ...“

Dr. Stolte zur angeblichen Abschreckungswirkung, die Sie immer anführen: „... das zentrale Argument der Landesregierung gegen die Studienbeiträge ist nicht durch Fakten belegt.“

Zur sozialen Gerechtigkeit Herr Müller: „Wenn das dahinterstehende Ziel wirklich ist, unterrepräsentierte Gruppen in die Hochschulen zu bekommen ..., gibt es Ansatzpunkte, die billiger, besser und wirksamer sind.“

Prof. Dr. Winter: „Ich muss mir mein Studium nicht von der Lidl-Verkäuferin bezahlen lassen. ... Für

mich ist das ein Gebot einer gelebten sozialen Gerechtigkeit.“

Prof. Dr. Richter: Mit der Abschaffung subventionieren wir die Elite eines Jahrgangs. – Und er spricht von einer gravierenden Diskrepanz von dem, was man draußen im Land verkündet hat gegenüber dem, was faktisch getan wird.

Zur Kompensation sagt Dr. Schäfer: Von einer Kompensation der Mittel kann keine Rede sein.

Prof. Dr. Hillgruber: „das, was gegenwärtig als Mittelgarantie vorgesehen ist, ist in keiner Weise ausreichend. ... es ist eine Mogelpackung.“

Herr Müller bringt es auf den Punkt: Die Abschaffung der Studienbeiträge ist nicht nötig, nicht sinnvoll, nicht klug und nicht verantwortungsvoll.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Schulze, alle Sachverständigen haben Ihnen klar gesagt, dass Ihre Kompensation absolut unzureichend ist.

(Karl Schultheis [SPD]: Stimmt nicht! Quatsch!)

Das ist der Kern Ihres Gesetzes, und der ist einhellig zerplückt worden. Da kann ich nur sagen: Natürlich sind Sie da „intensiv dran“. Alles andere wäre auch eine Frechheit gegenüber dem Parlament und den Sachverständigen gewesen.

Aber was kommt heraus, wenn Sie da intensiv dran sind? Es kommt eine Rechtsverordnung raus, mit der das grundlegende Problem der fehlenden Mittel nicht gelöst wird, eine Rechtsverordnung, mit der Sie am Parlament vorbei Näheres zur Verwendung der Kompensationsmittel regeln wollen. Das ist meines Erachtens dreist gegenüber dem Parlament und gegenüber den Sachverständigen. Wenn Sie gar nicht interessiert, was die Sachverständigen sagen, dann hätten Sie sich meines Erachtens die Anhörung auch ganz sparen und wir uns die Zeit schenken können.

Aber das Schlimmste ist: Sie laufen immer noch mit einem Versprechen durchs Land, das Sie längst gebrochen haben. Frau Schulze, Sie lassen sich in der Presse zitieren: Jeder Cent wird den Hochschulen ersetzt. – Und das ist eben falsch, das stimmt nicht. Ich finde es schlimm, dass Sie weiterhin mit dieser Unwahrheit auftreten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vielleicht sollten Sie mal „intensiv dran“ sein, Ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen. Die erwarten nämlich ehrliche Politiker und solche, die guten Argumenten gegenüber zugänglich sind. Wir fordern Sie heute hier auf, sich wirklich noch einmal intensiv dranzusetzen und Ihren unzureichenden Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Wir als FDP haben eine Weiterentwicklung des Beitragsmodells vorgelegt, die von den Experten viel

Zustimmung erfahren hat. Wir haben die Argumente der Sachverständigen nicht nur gehört, sondern auch verstanden. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Sie hatten genug Zeit, ein vernünftiges Gesetz vorzulegen. Intensiv dran sein reicht nicht mehr. Fangen Sie endlich an, vernünftig zu regieren! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns ja im laufenden Gesetzgebungsverfahren.

(Karl Schultheis [SPD]: Deswegen verstehe ich auch den Antrag nicht!)

Darum will ich mich auch auf diesen aktuellen Stand der Diskussion beziehen. Heute war in der Presse – der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ – ein Artikel mit folgendem Zitat zu lesen: Unirektoren in Sorge – zu wenig Ersatz für die Studiengebühren.

Die Landesrektorenkonferenz wird durch Herrn Freimuth zitiert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das passt!)

Der sagt: „Ich habe die große Sorge, dass sich die Kompensierung der Gebühren nicht so entwickeln wird wie unsere Belastungen.“

Gleichzeitig lese ich hier die ganz frische Pressemitteilung von Frau Kollegin Seidl, die sie anlässlich der gerade stattfindenden Debatte wohl eben in den Äther gegeben hat: „Die Mittel, die den Hochschulen in NRW durch die Studiengebührenabschaffung entfallen, werden in voller Höhe gegenfinanziert.“ Die Studienbedingungen in NRW würden sich also keinesfalls verschlechtern. – Das ist falsch, Frau Kollegin. Das ist eine falsche Aussage, und das wissen Sie auch.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Und woher wissen Sie das?)

Tatsächlich ist es so: Wenn der Gesetzentwurf so kommen wird, wie Sie es planen, werden alle Hochschulen, die 500 € Studienbeiträge verlangen, einen massiven Einbruch ihrer Studienfinanzierung haben. Ich nenne das Beispiel der Universität Siegen: Dort rechnet man mit Einbußen in Höhe von bis zu 30 % ab dem nächsten Jahr. Derzeit werden dort um die 300 Personen aus den Mitteln der Studienbeiträge finanziert, um gerade Studium und Lehre zu verbessern. Das entspricht etwa 84 Vollzeitäquivalenten. Wenn nun die Studienbeiträge abgeschafft und nicht ausreichend kompensiert werden, rechnet man dort mit der Möglichkeit von noch 60

Vollzeitäquivalenten, um sie auch noch bezahlen zu können. Da kann ich Sie von Rot und Sie von Grün nur fragen: Wollen Sie das? Wollen Sie, dass so eingespart wird? Wollen Sie, dass Personal abgebaut wird? – Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Ihr Änderungsantrag, den Sie in der letzten Ausschusssitzung eingebracht haben, ist ein ganz maues Papier; denn dort wird nur ganz vage versprochen – Kollege Hafke hat es erwähnt –, dass mittels einer Rechtsverordnung eventuelles Landesgeld, was irgendwie überschüssig sein könnte, doch noch verteilt werden könnte.

Mal abgesehen davon, dass ich persönlich nicht glaube, dass Herr Finanzminister Walter-Borjans es irgendwie noch einmal schafft, eine Milliarde aus dem Hut zu zaubern, frage ich mich: Warum entleiben Sie als Parlamentarier – von SPD und vor allem Bündnis 90/Die Grünen – sich selbst, indem Sie in Ihren Änderungsantrag schreiben, dass diese Rechtsverordnung einfach nur im Benehmen – nicht in Einvernehmen – mit dem zuständigen Landtagsausschuss abgenickt werden soll? Ich frage mich, welchen Parlamentarismus Sie hier praktizieren möchten, wenn Sie an der Stelle einfach nur abnicken wollen.

Oder kann es vielleicht sein, dass sowohl die Höhe der Kompensation als auch das Verfahren zur Ermittlung dieser Höhe reine Verhandlungsmasse mit den Linken sind? Oder kann es sein, dass sich Linke und Rot-Grün mittlerweile geeinigt haben? Wir wissen es nicht. Oder wird vielleicht die Verabschiedung des Gesetzes geschoben? – Ich glaube, ich verrate nicht zu viel,

(Karl Schultheis [SPD]: Wer nichts weiß, kann auch nichts verraten!)

wenn ich sage, die Betroffenen hätten gerne Klarheit. Die möchten endlich wissen, was Sie denn da wollen. Dann bringen Sie doch auch mal Klarheit!

Beim heutigen FDP-Antrag wird klar gesagt, dass die Abschaffung der Studienbeiträge eine falsche Maßnahme ist, und das sehen wir genauso. Wir als CDU-Fraktion lehnen die Abschaffung der Studienbeiträge ab. Ich bin sehr gespannt, wie Sie Ihr laufendes Verfahren überhaupt sinnvoll beenden wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD hat Herr Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Brinkmeier, die Einführung von Studiengebühren war eine falsche Maßnahme, nicht die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um auf den Kollegen Hafke einzugehen: Herr Hafke, ich weiß nicht, an welcher Veranstaltung Sie teilgenommen haben, die Sie hier gerade noch einmal in ihren Ergebnissen interpretiert haben.

(Marcel Hafke [FDP]: Das steht im Antrag! Ich habe doch zitiert! Hat das nicht gereicht?)

Die Mehrheit der Anzuhörenden hat sich in der Anhörung gegen Studiengebühren ausgesprochen. Die Minderheit – im Wesentlichen die Hochschulvertreter, die natürlich ihre Einnahmen im Blick hatten – hat sich gegen die Abschaffung von Studiengebühren ausgesprochen, aber auch nicht so, dass sie sich grundsätzlich einer solchen Regelung verweigern würden, sondern da ging es lediglich um die Kompensation.

Ihr Antrag lautet, dass sich die Studienbedingungen nicht verschlechtern sollen, das ist der Titel ihres Antrags. Ich kann Ihnen nur empfehlen, zu überlegen: Was sind denn die Studienbedingungen? Sind nicht auch die sozialen Rahmenbedingungen wichtig, um ein erfolgreiches Studium absolvieren zu können? Deshalb ist die Abschaffung der Studiengebühren gerade ein Beitrag dazu, die Studienbedingungen zu verbessern und nicht zu verschlechtern, meine Damen und Herren. Herr Hafke, sehen Sie das im Gesamtkontext. Ich denke, dann kommen Sie zu einer vernünftigen Bewertung.

Sie führen hier ständig die Lidl-Verkäuferin bzw. die Lidl-KassiererIn ins Feld. Ich weiß ja gar nicht, ob Sie solche Damen überhaupt kennen oder dort einkaufen. Hier geht es einfach darum, dass die Kinder dieser Lidl-Verkäuferin auch studieren können, ohne dass die Mutter – oder der Vater – dieser Kinder, um die Studiengebühren zu bezahlen, noch einen zweiten Job übernehmen oder morgens Zeitungen austragen muss, bevor sie dann als KassiererIn zu Lidl zur Arbeit geht.

Es stellt sich insgesamt die Frage, warum dieser Antrag jetzt erfolgt. Wir befinden uns im Verfahren, Herr Hafke, Herr Dr. Brinkmeier. Sie haben sich im Ausschuss verweigert, überhaupt Änderungsanträge zu stellen. Ich habe im Ausschuss mehrfach nachgefragt: Sind Sie bereit, sich überhaupt an dem Gesetzgebungsprozess zu beteiligen? – Sie haben das verneint.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis, darf ich Sie unterbrechen? Herr Kollege Prof. Dr. Pinkwart würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Ja, ich sehe ihn so selten hier, deshalb freut mich das.

(Heiterkeit – Kai Abruszat [FDP]: Sind Sie so selten da, Herr Schultheis?)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Lieber Karl Schultheis, vielen Dank, dass ich fragen darf. Es geht mir darum, vernünftig zu informieren. Ich habe es unlängst mit einem Abgeordneten Ihrer Fraktion erlebt, wo wir auf eine Bürgernachfrage am Bonner Hauptbahnhof antworten durften.

Können Sie bestätigen, dass einkommensschwache Haushalte, Familien in Nordrhein-Westfalen durch die von der Vorgängerregierung hier im Landtag verabschiedete Regelung die Möglichkeit haben, ein gutes Studium in Nordrhein-Westfalen absolvieren zu können, ohne am Ende des Studiums ihr Studienbeitragsdarlehen zurückzahlen zu müssen, weil sie im Regelfall auch einen BAföG-Anspruch haben? Können Sie das bestätigen oder nicht?

Karl Schultheis¹⁾ (SPD): Herr Kollege Pinkwart, das kann ich so nicht bestätigen. Wir haben das schon oft genug diskutiert. Es ist gesagt worden, durch die Kappungsgrenze sei das die sozialverträglichste Regelung, die es überhaupt gebe. – Sie übersehen dabei, dass alle Studierenden das, was Sie sich als sozialverträglich auf Ihr Panier schreiben, mitfinanzieren. Die Solidarität findet in der Gruppe der Studierenden statt.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Ja, die Leistungsstarken, diejenigen ... Darum geht es ja auch. Wir haben ja gesagt, wir schaffen die Studiengebühren nicht nur für diejenigen ab, die keine Studiengebühren direkt bezahlen müssen, die diese über einen Kredit finanzieren, sondern gerade für diejenigen, die diese Studiengebühren bezahlen.

Die Anzuhörenden haben uns doch deutlich gemacht, dass selbst viele Studierende, die einen Anspruch auf einen Kredit hätten, die Studiengebühren trotzdem direkt bezahlen, weil sie sich nicht in diesen Schuldenturm begeben wollen. Insofern kann ich das nicht bestätigen.

Jetzt aber noch zu den Punkten, die hier in dem Antrag auch angesprochen sind. Herr Hafke, in der Tat, die Grundlage für die Kompensation sind die 249 Millionen €, die das Referenzjahr 2009 ergeben hat. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die von uns vorgesehene Rechtsverordnung – ich sage das noch einmal hier, ich habe das im Ausschuss auch schon gesagt – mit Zustimmung des Landtags und des zuständigen Fachausschusses dann hier beschlossen wird. Dagegen spricht nichts.

In dem ursprünglichen Gesetzentwurf war überhaupt keine Rechtsverordnung vorgesehen. So viel kann man doch nicht diskutieren, dass jetzt das Benehmen hergestellt wird und nicht mehr die Zustimmung. Das gab es vorher überhaupt nicht. Also, noch einmal: Wir sind sehr damit einverstanden, wenn das dann mit Zustimmung des Landtags erfolgt.

Die Anpassung der vorgesehenen Ausgleichsmittel soll durch die Rahmenbedingungen der Rechtsverordnung geregelt werden. Das geht auch nicht anders, sonst müssten wir jeweils eine Gesetzesnovelle auf den Weg bringen, um dann Anpassungen vorzunehmen.

Wir diskutieren im Ausschuss – ich kann Sie nur einladen, daran teilzunehmen –, wie dann in Zukunft eine solche Anpassung erfolgen kann. Unabhängig von der jährlichen Haushaltsberatung wird das auf jeden Fall nicht gehen. Es muss dann auch jährlich im Haushalt des Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt werden, welche Größe an Kompensationsmitteln zur Verfügung gestellt wird. Das ist noch nicht abschließend geregelt. Es steht aber jetzt fest: Diese Summe von 249 Millionen € wird den Hochschulen zur Verfügung stehen.

Schauen Sie einmal genau hin. Das Kölner Beispiel ist übrigens das schlechteste Beispiel, das Sie überhaupt hier anführen konnten: Wie viele Beschwerden der Studierenden hat es gegeben, was den Einsatz der Studiengebühren an der Uni Köln angeht? Wie viele Rücklagen sind gebildet worden? Es wurden Gebäude errichtet. Die wollten sogar mit den Studiengebühren Toilettenanlagen bauen. Man muss sich wirklich fragen, ob bei der Verteilung dieser 249 Millionen € nicht alle Arbeitsplätze, die im Kern auch die Verbesserung der Bedingungen für ein Studium und für die Lehre betreffen, finanziert werden können. Ich bezweifle die Aussage, dass das nicht möglich sein soll, wenn man genau hinschaut, wofür die Studiengebühren bisher ausgegeben wurden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis¹⁾ (SPD): Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit und Planungssicherheit – dafür steht die SPD-Fraktion. Deshalb fordern wir die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung auf, gerade was die Fortführung des Qualitäts- und Zukunftspakts angeht, eine Vereinbarung mit den Hochschulen zu treffen, die dann auch bis zum Jahre 2015 trägt. Es sind nämlich nicht nur die 249 Millionen € für das Studium erforderlich, sondern der gesamte Etat dieses Ministeriums.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis, der Kollege Klocke wollte Ihnen eigentlich noch eine Zwischenfrage stellen.

Karl Schultheis¹⁾ (SPD): Wenn das noch geht, lasse ich das zu, klar.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Kollege, danke. Ich wusste nicht, dass Sie schon Ihre Rede beendet haben. – Da Sie gerade die Universität Köln ansprachen, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der eben von Herrn Brinkmeier schon erwähnte Universitätsrektor Herr Freimuth, der lange auch Vorsitzender der Hochschulrektorenkonferenz NRW war, schon im Sommersemester dieses Jahres, obwohl die Studiengebühren noch im bisherigen Umfang von den Studierenden entrichtet werden, Kurse und Seminare an der Hochschule streichen lässt mit dem Hinweis, dass die wegfallenden Studiengebühren eine schlechtere Finanzierung ausmachen. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Ich halte das für skandalös. Es gibt solche Aussagen zu Studierendenmaßnahmen auch an anderen Hochschulstandorten. Es gibt bisher überhaupt keinen Grund, irgendeine Maßnahme wegen fehlender Studiengebühren zurückzufahren. Die Studiengebühren werden noch für das Sommersemester bezahlt. Und danach wird es eine Kompensation geben. Ich halte es für jemanden, der für Wissenschaft und Objektivität steht, für einen Skandal, sich so gegenüber Studierenden zu verhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis, vor allem dass Sie wirklich nur die Frage beantwortet haben. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hafke, dass Sie mit der Abschaffung der Studiengebühren nicht einverstanden sind – d'accord. Das kann ich nachvollziehen: Da soll nun Ihr neoliberales Lieblingsprojekt, das die FDP fünf Jahre lang als Musterbeispiel für die private Finanzierung von Studium und Lehre wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat, von Rot-Grün abgeschafft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die Menschen im Land finden das auch noch gut. – Das ist bitter für Sie, Herr Hafke. Das kann ich verstehen. Die große Mehrheit der Studierenden, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern warten darauf, dass das Studiengebührenexperiment von Schwarz-Gelb zum kommenden Wintersemester endlich beendet wird.

Ich will noch einmal erinnern: Mehr als 50.000 junge Menschen sind im Juni 2009 in NRW auf die Straßen gegangen, um gegen Ihre Bildungspolitik zu protestieren. Ganz oben auf der Agenda stand die Forderung nach der Abschaffung der Studiengebühren. Wenn Sie das nicht glauben wollen, helfe ich

Ihnen gerne dabei, die entsprechenden Flugblätter zu lesen.

Natürlich ist die Refinanzierung der Studiengebühren kein Pappenstiel. Aber die die Finanzierung bleibt schlichtweg eine Frage politischer Schwerpunktsetzung. Ich sage ganz deutlich: FDP und CDU haben sich entschieden, die Studierenden zur Kasse zu bitten und andere gesellschaftliche Gruppen finanziell zu entlasten. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat das Land NRW dreimal so viel gekostet, wie eine umfassende Finanzierung der Hochschulen ohne Studiengebühren kosten würde.

Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik: Sie entlasten Hoteliers und Besserverdienende. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, deren Elternhäuser nicht so vermögend sind, an unserem Bildungssystem partizipieren können. Wir Grüne stehen für Investitionen in die Zukunft, in Kitas, Schulen und in die Hochschulen.

Herr Brinkmeier, ich möchte Ihnen gerne die Frage stellen, warum sich die Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von 250 Millionen € für Studium und Lehre denn verschlechtern sollten.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Weil das ein Minus wird!)

– Das ist doch lächerlich! Die Hochschulrektoren haben immer sehr klar gesagt, dass sie froh darüber sind, dass neben der Grundfinanzierung so viel zusätzliches Geld über die Einnahmen der Studiengebühren in ihre Kassen fließt. Gerade Herr Freimuth hat das doch immer wieder betont. Das soll jetzt nicht mehr gelten, nur weil die 250 Millionen € aus der Staatskasse kommen? Das Problem bestand doch eher darin, dass eine Reihe von Hochschulen die zusätzlichen Einnahmen aus den Studiengebühren gar nicht so schnell ausgeben konnten und infolgedessen viel Geld auf die hohe Kante gelegt worden ist.

Ich kann es noch einmal nachvollziehen: In der Studie des Stifterverbandes und des Deutschen Studentenwerkes zur Verwendung von Studienbeiträgen aus dem Jahre 2009 geht sehr deutlich hervor, dass die Hochschulen hohe Rückstellungen bunkern. Pro Semester und Hochschule – so die Studie – wurden rund 700.000 € nicht unmittelbar verwendet. Einige Hochschulen hatten im Untersuchungszeitraum zwischen den Sommersemestern 2008 und 2009 erst die Hälfte der Studienbeiträge oder sogar noch weniger ausgegeben.

Vielleicht liegt es aber auch daran, Herr Hafke, dass Sie als hochschulpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion noch nicht so lange im Geschäft sind. Ansonsten müsste Ihnen eigentlich klar sein, dass die Qualität der Lehre und des Studiums nicht alleine an diesen 249 Millionen € hängt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entschuldigung, meine Stimme lässt etwas nach. Ich versuche aber, das bis zum Ende durchzuziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir geben jedes Jahr 3,5 Milliarden € an die Hochschulen und 1 Milliarde € an die Universitätsklinika. Die 249 Millionen € sind eine zusätzliche Leistung des Landes. Deshalb hat die rot-grüne Landesregierung einen nachhaltigen Finanzierungsvorschlag gemacht, um die Studiengebühren zu kompensieren. Das müsste Ihnen doch klar sein. Die Mittel, die den Hochschulen in NRW durch die Studiengebührenabschaffung entfallen, werden in voller Höhe gegenfinanziert.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber nicht für jede einzelne Einrichtung!)

Deshalb sollten Sie Ihre politische Strategie doch einmal überdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb. Denn es ist schon bedenklich, dass ausgerechnet die Fraktionen, die wegen der steigenden Verschuldung des Nachtragshaushalts jetzt vor das Verfassungsgericht gegangen sind, die mangelnde Mittelausstattung für die Hochschulen anprangern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Hafke, Herr Brinkmeier, was Sie uns hier und heute mit Ihrem Antrag demonstriert haben, ist ein hilfloses Ablenkungsmanöver. Wir fordern Sie deshalb auf, sich mit konstruktiven Vorschlägen am Verfahren zur Abschaffung der Studiengebühren zu beteiligen. Alles andere hilft weder den Hochschulen noch denjenigen jungen Menschen, die studieren oder in Zukunft ein Studium aufnehmen. – Herzlichen Dank fürs Zuhören. Alles weitere in der nächsten Debatte. Dann bin ich auch ein bisschen besser mit der Stimme drauf. Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Seidl, und gute Besserung. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Böth für die Fraktion Die Linke.

Gunhild Böth (LINKE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich zu diesem Antrag, glaube ich, etwas differenziert äußern, und zwar deshalb, weil ich zuerst einmal Herrn Hafke zustimmen möchte.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Es ist vollständig richtig, dass dieser Gesetzentwurf unzureichend ist. Wir können die Gründe gerne noch einmal aufzählen:

Natürlich haben SPD und Grüne Recht, wenn sie sagen, sie kompensieren das, was die Studierenden bisher bezahlt haben. Das ist wahr, wenn Sie in das Gesetz hineinschreiben, dass die Hochschulen demnächst 249 Millionen € bekommen sollen.

Das Problem ist nur, dass natürlich nicht an jeder Hochschule – das haben wir im Ausschuss ich weiß nicht wie oft diskutiert – der Betrag ankommt, den die Hochschule bisher eingenommen hat, sondern dass nach dem Prinzip, das die Ministerin zu Recht pausenlos wiederholt – „Geld folgt Studierenden“ –, jede Hochschule pro Kopf einen bestimmten Betrag erhalte. Dieser Betrag ist bei einigen Hochschulen niedriger als das, was sie bisher erhalten, und bei einigen Hochschulen ist der Betrag höher. Das lag natürlich an dem von Schwarz-Gelb gemachten Gesetz, nachdem die Höhe der Studienbeiträge im Ermessen der Hochschulen lag.

Das Problem ist nur – das sage ich jetzt in Richtung SPD und Grüne –: Man kann nicht im Wahlkampf verkünden, die Ausfälle durch die Studienbeiträge in voller Höhe zu kompensieren, und damit so tun, als würde man tatsächlich für die jeweilige Hochschule die Kompensation erbringen. Die Kompensation, die die Hochschulen wollen – das kann man jeden Tag in der Zeitung lesen –, ist natürlich das, was die einzelne Hochschule gehabt hat. Die Kompensation, die sie wollen, ist kein gesamtgesellschaftliches Konstrukt. Dieses gesamtgesellschaftliche Konstrukt kennen die Hochschulen und sie sind nicht zu dumm, um zu errechnen, was ihnen dann fehlt.

Der nächste Punkt. Das von Herrn Hafke zu der Pro-Kopf-Verteilung und dem Aufwuchs der Studierendenzahl Ausgeführte trifft selbstverständlich auch zu. Es ist doch völlig klar, dass wir in den nächsten Jahren – das wissen wir auch – zum Beispiel durch den doppelten Abiturjahrgang mehr Studierende haben werden. Das bedeutet, dass der Pro-Kopf-Beitrag, den die Hochschulen erhalten, sinken wird.

Unterm Strich summa summarum – dazu brauche ich noch nicht einmal fünf Finger, um das an einer Hand abzuzählen – heißt das, dass die Finanzierung der Hochschulen weiter fallen wird.

Richtig ist, dass die Gelder aus staatlichen Mitteln stammen und nicht mehr von Privat eingenommen werden. Das ist natürlich positiv. Das ist doch überhaupt nicht die Frage, und da sind wir auch völlig bei Ihnen.

Wir sind aber nicht bei Ihnen, wenn Sie in den Gesetzentwurf pauschal schreiben, die Hochschulen erhalten 249 Millionen €, aber keinen Pro-Kopf-Betrag nennen.

(Beifall von der LINKEN)

So kann das auf keinen Fall bleiben.

Nächster Punkt. Es wird dann von einer Rechtsverordnung gesprochen, die irgendwann mal perspektiv-

tivisch möglicherweise doch eine Anpassung regelt, aber diese Anpassung ist im Gesetz nicht enthalten. Es gibt in Ihrem Gesetzentwurf bisher keine einzige Vorschrift, aus der zu entnehmen wäre, dass eine solche Anpassung kommen wird und wie sie aussehen wird. Das kann es so auch gar nicht geben, weil es nämlich keinen Pro-Kopf-Betrag gibt. Ohne Pro-Kopf-Betrag wird das hinten und vorn nichts. Das sage ich jetzt einmal in aller Offenheit.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb ist dieser Gesetzentwurf völlig unzureichend. Insofern hat die FDP da völlig recht.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Außerdem ist natürlich das, was die FDP jetzt macht, ein guter Trick. Wenn es in dem Antrag heißt, die Landesregierung wird aufgefordert, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, blieben die Studiengebühren, würde der Antrag angenommen, erhalten. Insofern ist das natürlich erst einmal eine gute Variante, weil Sie die Studiengebühren ja gar nicht abschaffen wollen. Das ist mir auch klar.

Interessant ist aber dann, was die FDP stattdessen möchte, nämlich ein System nachgelagerter Studiengebühren. Das ist eigentlich das, was CDU und Grün-Alternative Liste 2008 in Hamburg vereinbart haben. Das ist jedenfalls das System der nachgelagerten Studiengebühren gewesen. Ich bin heilfroh, dass die Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht darauf gekommen sind, dieses hier auch zu machen. Das muss ich schon sagen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Gunhild Böth (LINKE): Aber sicher doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin Böth, Sie haben passend zu der Argumentation, die Sie jetzt gerade dem Plenum vortragen, vor gut zwei Wochen für Ihre Fraktion erklärt, dass Die Linke dem Vorhaben der Regierung, die Studienbeiträge abzuschaffen, nur dann zustimmen bzw. diesem Vorhaben nur dann durch Tolerierung Ihrer Fraktion zur Mehrheit verhelfen würde, wenn Ihre Forderung erfüllt würde, zur Kompensation der Studienbeiträge pro Semester und Studierenden den Hochschulen 500 € zur Verfügung zu stellen, was summa summarum einen Gesamtbetrag von über 500 Millionen € ausmachen würde.

Halten Sie an dieser Forderung tatsächlich fest, dass die Linkspartei den Gesetzentwurf zur Ab-

schaffung der Studienbeiträge nur dann wird passieren lassen, wenn eine Kompensation in der von Ihnen exakt bezifferten Höhe auch sichergestellt ist, oder werden Sie diese Forderung in den nächsten Wochen stillschweigend unter den Tisch fallen lassen?

Gunhild Böth (LINKE): Herr Dr. Papke, die Partei Die Linke hat dazu Beschlüsse gefasst, die Fraktion Die Linke in diesem Landtag hat zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung einen Änderungsantrag eingebracht. Der ist Ihnen nun doch bekannt. Sie müssen mich doch jetzt nicht fragen, ob wir diesen Änderungsantrag aufrechterhalten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe Sie aber gefragt!)

– Sie dürfen mich das gern fragen. Ich wollte das nur für all diejenigen, die das nicht wissen und nicht im Wissenschaftsausschuss sitzen, noch einmal sagen. Dass wir zu unseren Änderungsanträgen stehen, ist doch auch klar.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich habe im Wissenschaftsausschuss erklärt – da waren selbstverständlich die FDP-Politiker anwesend –, dass wir auf jeden Fall dieses Problem gelöst haben wollen, dass es einen Pro-Kopf-Betrag geben muss und man nicht – das habe ich vorhin ausgeführt – durchs Land ziehen und volle Kompensation versprechen, aber dann doch nicht diesen Pro-Kopf-Betrag von 500 € auszahlen kann.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Das ist doch das, was ich die ganze Zeit sage, dass es so nicht angehen kann.

Wir haben noch viele andere Details, aber mit denen wollen wir nicht das ganze Plenum behelligen, sondern das verhandeln wir bekanntlich am 18. Februar im Ausschuss. Im Ausschuss habe ich Sie schon aufgefordert: Machen Sie doch mit uns diesen Gesetzentwurf etwas besser.

(Beifall von der LINKEN)

Das wäre nämlich eine Möglichkeit, dass Linke, CDU und FDP zusammen diesen Entwurf besser machen und die Kritik, die wir gemeinsam an diesem Gesetzentwurf artikulieren, tatsächlich in eine Änderung des Gesetzentwurfs umsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine

Damen und Herren! Der Antrag, den wir heute Abend diskutieren, hat viel Altbekanntes und wenig Neues. Aber es ist eine gute Gelegenheit, noch einmal darzustellen, warum die Landesregierung, warum die sie tragenden Fraktionen die Studiengebühren unbedingt abschaffen wollen. Darum nämlich geht es im Kern: Wir wollen die Studiengebühren abschaffen.

Dafür gab es bei der Landtagswahl eine gesellschaftliche Mehrheit, und ich bin davon überzeugt, dass sich diese Mehrheit auch hier im Landtag widerspiegeln wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mir ist nicht ganz klar, warum diese doch recht einfache und deutliche Botschaft immer noch nicht bei allen angekommen ist. Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich:

Die Landesregierung steht für eine Öffnung der Hochschulen. Wir wollen mit Wissen Chancen schaffen, wir wollen beste Bildung für alle, wir wollen Talente ermutigen, zu studieren, und wir wollen, dass es dabei nicht auf den Geldbeutel der Eltern ankommt, sondern auf das, was man im Kopf hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Uns geht es um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in Nordrhein-Westfalen. Bildung ist nun einmal für uns eine staatliche Aufgabe.

Für uns, meine Damen und Herren, ist dabei zentral, die Studierenden in den Mittelpunkt zu stellen. Sie müssen sich für das richtige Studium entscheiden. Sie müssen parallel zu einem Job, zu einer Familienaufgabe oder eben auch zu körperlichen Einschränkungen studieren können. Und sie müssen gute Studienbedingungen vorfinden. Was sie aus unserer Sicht nicht tun müssen, ist, für ein Studium auch noch Geld mitzubringen.

Meine Damen und Herren, ich finde in dem Antrag keine neuen Argumente. Aber ich gehe einmal davon aus, dass es darum geht, das, was wir bisher diskutiert haben, hier einfach noch einmal in breiter Öffentlichkeit zu wiederholen. Deswegen wiederhole ich auch unsere Argumente gerne.

Sie benutzen in Ihrem Antrag den Begriff „sozialverträgliche Studiengebühren“. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch in sich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage hier auch noch einmal ganz klar: Das ist nicht unsere Politik. Alle Studien, zum Beispiel der Nationale Bildungsbericht 2010, aber auch die HIS-Studie und die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks machen deutlich: Die soziale Herkunft ist immer noch wesentlich beim Übergang in die Hochschule. Die Studiengebühren wirken abschreckend, und zwar vor allen Dingen für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund und für

Menschen, die ohne akademisch gebildete Eltern aufwachsen.

(Zuruf von der CDU: Das ist schon längst widerlegt!)

Die Zeit, die Studierende arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, nimmt kontinuierlich zu. Das belegen alle diese Studien. In NRW ist die finanzielle Belastung der Studierenden ganz besonders hoch. Das belegen übrigens die neuen Zahlen der NRW.BANK. Immer mehr Studierende in Nordrhein-Westfalen brauchen ein Darlehen. Das ist sehr bedenklich, weil durch die anfallenden Kreditzinsen diese Menschen deutlich teurer studieren als diejenigen, die diese Darlehen nicht brauchen. Sie zahlen bis zum Doppelten von dem, was andere für ihr Studium zahlen müssen.

Meine Damen und Herren von FDP und CDU, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie diese Fakten einfach immer wieder ignorieren. Studiengebühren, egal, ob nachgelagert oder studienbegleitend, sind ein wesentlicher Grund, nicht zu studieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Pinkwart?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Ich frage nur, weil es mir immer ein besonderes Anliegen war und ist, dass wir in dieser Frage die soziale Dimension im Blick behalten. Ich frage Sie, ob Sie bestätigen können, dass mit Blick auf die Fallzahlen die Darlehensaufnahme nicht etwa ein Problem ist, sondern im Gegenteil dafür spricht, dass dieses Modell bei den Studierenden wirklich angekommen ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Denn die Bereitschaft, das Landesdarlehen aufzunehmen, hat doch zwei positive Komponenten: Entweder wird es den Studierenden, wenn sie es aufnehmen, dann, wenn sie BAföG-Empfänger sind, im Anschluss erlassen, das heißt, sie zahlen dann gar keine Studienbeiträge, oder sie müssen es erst zurückzahlen, wenn sie im Beruf erfolgreich angekommen sind und sich dann eine Rückzahlung leisten können. Das war immer intendiert, nämlich nachgelagert Studienbeiträge zu erheben. Das wird offensichtlich angenommen. Können Sie das bestätigen?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Pinkwart, das kann ich Ihnen nicht bestätigen.

(Beifall von der LINKEN)

Studiengebühren, egal, ob nachgelagert oder studienbegleitend: Sie schrecken ab.

(Lachen und Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wenn Sie sich die Zahlen einmal ganz genau ansehen – nun müssen Sie auch zuhören, wenn Sie mich etwas fragen –,

(Zuruf von der CDU: Fakten! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

dann stellen Sie fest, dass diejenigen, die einen Kredit aufnehmen, am Ende sogar bis zum Doppelten für ihr Studium bezahlen im Vergleich zu jemandem, der das nicht tun muss, weil man einen Kredit – das müssten Sie doch wissen – nicht umsonst bekommt, sondern dafür Zinsen bezahlen muss. Sie können sich das sehr genau angucken. Nehmen Sie zum Beispiel die HIS-Studie aus 2008 – sie dürfte Ihnen bekannt sein –:

76 % der Befragten sagen, dass sie wegen fehlender finanzieller Voraussetzungen kein Studium aufnehmen können. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

71 % sagen, dass sie Angst haben vor Kreditschulden und deshalb nicht studieren.

Wer dann noch behauptet, Studiengebühren schreckten nicht ab, der ist nicht bereit, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Droste?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Frau Ministerin, wo Sie bei der Abschreckung sind. Was sagen Sie denn den Handwerkern, die eine Meisterprüfung anstreben und dafür auch erhebliche Aufwendungen erbringen müssen, bis sie den Meistertitel erreicht haben? Wollen Sie die auch abschrecken?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Droste, vielen Dank

für diese spannende Frage. – Wir sind davon überzeugt, dass Bildung gebührenfrei sein muss, und zwar vom Kindergarten angefangen bis zum Studium.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir halten es auch für falsch, dass man zunehmend für Ausbildung Geld bezahlen muss. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen jedes Talent in Nordrhein-Westfalen. Deshalb darf man nicht nur nach dem Geldbeutel der Eltern gucken, sondern muss etwa ein Studium für alle ermöglichen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, es gibt noch zwei Zwischenfragen. Wollen Sie oder wollen Sie nicht?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. – Frau Dr. Seidl hat eine Zwischenfrage, dann Herr Witzel. Dann beenden wir die Fragestunde wieder, damit wir das Ganze nicht in die Länge ziehen. Noch, Kolleginnen und Kollegen, sind wir gut in der Zeit. – Bitte schön, Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass uns die HIS GmbH in der letzten Anhörung bestätigt hat, dass die Studierendenquote in Nordrhein-Westfalen seit 2006 bis zum jetzigen Zeitpunkt rückläufig ist und leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Frau Seidl, genau das kann ich bestätigen. Das war ein Teil der Anhörung. Das kann man auch im Protokoll nachlesen.

Eine weitere Zahl kommt hinzu, die besonders erschreckend ist: Bundesweit nehmen etwa 36 % derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben, unmittelbar nach dem Abschluss auch ein Studium auf. In Nordrhein-Westfalen sind es nur 30 %. Auch über mehrere Jahre hinweg erhöht sich diese Zahl nicht. Wir sind immer wieder hinter dem Bundesdurchschnitt. Es ist sogar so, dass Nordrhein-Westfalen leider Schlusslicht in dieser Bilanz ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. Weil Sie so nett waren, schließen wir direkt Herrn Witzels Frage an. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Ministerin Schulze, wo wir gerade beim Auffrischen unserer Statistikenkenntnisse sind, meine Frage an Sie: Können Sie bestätigen, dass die Studienanfängerzahlen an nordrhein-westfälischen Hochschulen seit Einführung der schwarz-gelben Studienbeiträge gestiegen und nicht gesunken sind?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Witzel, diese Frage haben Sie mir schon einmal hier im Parlament gestellt.

(Minister Ralf Jäger: Einmal?)

Wenn man sich anguckt, wie viel Prozent eines Jahrgangs studieren – das ist entscheidend –,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

dann ist die Zahl eben nicht gestiegen. Die Jahrgänge sind größer, und dadurch haben wir auch mehr junge Menschen an den Hochschulen, aber der Anteil gemessen am Jahrgang steigt nicht. Das ist unser zentrales Problem. Herr Witzel, das müsste Ihnen doch eigentlich auch am Herzen liegen. Wir reden über den Fachkräftemangel und darüber, dass wir mehr junge Menschen ausbilden müssen. Dann müssen wir doch alles dafür tun, dass wir sie an die Hochschulen bekommen und dürfen nicht noch Abschreckungsmechanismen aufbauen. Das ist jedenfalls unsere Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Deshalb haben wir neue Fachhochschulen gegründet, und die Studienanfängerzahlen steigen!)

Meine Damen und Herren, die Frage der Sicherheit für die Hochschulen ist oft diskutiert worden. – Wir garantieren den Hochschulen die Sicherheit und Verlässlichkeit der Finanzierung. Die 249 Millionen € sind im Gesetz festgeschrieben. Das ist die Summe, die es 2009 gab. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Parlament diese Summe in den Haushaltsverhandlungen den steigenden Studierendenzahlen anpassen wird. Da vertraue ich auf das Parlament und hoffe, dass die Parlamentarier das auch so sehen.

Wir sorgen nun dafür, dass das Geld gerecht verteilt wird. Frau Böth hat es eben gesagt: Uns ist jeder Studierende gleich viel wert. Deswegen muss das Geld auch nach der Anzahl der Studierenden auf die Hochschulen verteilt werden.

Für das Mehr an Studierenden, das es durch den doppelten Abiturjahrgang gibt – daran will ich gerne noch einmal erinnern –, steht Geld aus dem Hochschulpakt II zur Verfügung. Wir werden rund 90.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an den Hochschulen aufnehmen und die Finanzierung der Hochschulen sicherstellen. Wir

sind hier nicht in Hessen. Wir werden das Geld der Hochschulen nicht kürzen.

Der Aufforderung von Herrn Schultheis und des Parlaments, wieder eine Vereinbarung mit den Hochschulen über das Budget abzuschließen, komme ich gerne nach.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass den Hochschulen nicht nur die 249 Millionen € zur Verfügung stehen, sondern jedes Jahr 4,5 Milliarden €. Auch über diese 4,5 Milliarden € – das ist das Entscheidende – wird Qualität in den Hochschulen geschaffen.

Deswegen sehe ich der Diskussion im Parlament mit Freude entgegen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es im Landtag eine Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren geben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Hafke zu Wort gemeldet.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Es ist schon interessant, zu sehen, Frau Ministerin, dass Sie Ihre Politik auf ein reines Bauchgefühl stützen.

(Heike Gebhard [SPD]: Quatsch! Die HIS-Studie ist doch kein Bauchgefühl!)

Die gesamte Argumentation, dass Studienbeiträge abschrecken würden, ist nicht begründet, nicht belegt. Sie stützen sich auf ein reines Bauchgefühl und nennen das dann eine vernünftige, sozialverträgliche Politik. Ich finde das unvernünftig.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Quatsch!)

Wenn Sie bei der Anhörung gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass alle Experten bemängelt haben, dass Ihre Kompensation der Mittel nicht ausreichend ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wenn Sie dann hier das Gegenteil behaupten, geben Sie nicht die Wahrheit kund.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wir haben in Nordrhein-Westfalen steigende Studierendenzahlen, die in den nächsten Jahren weiter zunehmen werden. Wenn man dann einen fixen Betrag von 249 Millionen € ins Gesetz schreibt, kann ein Erstklässler ausrechnen, dass die Mittel nicht für jede Hochschule gleich bleiben werden. Das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie gaukeln den Hochschulen etwas vor. Deswegen ist Ihr Gesetz zurückzuziehen und nicht verantwortungsvoll. Ich bitte Sie, die Verantwortung im Sinne der Menschen zu übernehmen und nicht einfach irgendeine Politik zu machen, die Sie in Ihr ideologisches Wahlprogramm geschrieben haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es steht auch gar keine Zeit mehr zur Verfügung, sich zu Wort zu melden.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 15/1199 beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – CDU und FDP.

(Zurufe von der SPD: Nein! – Heike Gebhard [SPD]: Nur zur Hälfte! – Weitere Zurufe)

– Ach, zur Geschäftsordnung?

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung! – Gegenruf: Nein!)

– Ich hatte angenommen, dass wir schon abstimmen. Deswegen würde ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung ungen zulassen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir sind in der Abstimmung!)

– Kolleginnen und Kollegen, Entschuldigung. Ich habe es gerade gesagt: Wir befinden uns in der Abstimmung. Ich werde den Geschäftsordnungsantrag jetzt nicht mehr zulassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Jetzt stimmen wir ab, so wie ich es eben gesagt habe.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Wir haben getrennte Abstimmung beantragt!)

– Es tut mir leid, das ist hier oben nicht bekannt. Deshalb müssen wir so abstimmen, wie es hier oben angesagt ist. Hier ist der **Antrag** mit der **Drucksache 15/1199** zur Abstimmung gestellt. Ich kann leider nicht anders verfahren, ich habe keine anderen Hinweise, und wir waren in der Abstimmung.

Ich frage noch einmal: Wer stimmt dem Antrag so zu? – Die FDP. Wer stimmt gegen den Antrag? – Linke, SPD und Grüne. Wer enthält sich der Stimme? – Die CDU enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit, die hier zustande gekommen ist, bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

9 Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken – Schülerinnen und Schüler noch stärker über die Gefahren für die Demokratie durch Rechts- und Linksextremismus aufklären

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/856

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe bitten, Kolleginnen und Kollegen? Sie können den Saal leise verlassen. Die Rednerin ist bereits am Pult. Wir wollen in der Debatte fortfahren. Frau Pieper-von Heiden, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der deutschen Geschichte haben gleich zwei Regime geherrscht, zu deren Ideologie ein totalitärer Herrschaftsanspruch zählte.

(Unruhe)

In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zur Befreiung von Auschwitz in der letzten Woche sprach mit dem Sinto Zoni Weisz ein Holocaust-Überlebender. Er beklagte, dass das Leid und die Opfer dieser ethnischen Gruppe vielen Menschen nahezu unbekannt seien und dass Sinti und Roma nach wie vor Diskriminierungen unterliegen.

Der deutsche Nationalsozialismus hat die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und in der Geschichte niemals dagewesene Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Millionen Menschen wurden zu unwerthem Leben erklärt und in einem in der Menschheitsgeschichte einmaligen industriell organisierten Massenmord umgebracht. Die Opfer haben ein Anrecht darauf, dass wir die Erinnerung an das Leid wachhalten, vor allem aber auch an die jüngeren Generationen weitertragen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Zahl der überlebenden Zeitzeugen immer geringer wird. Gerade deshalb kommt den Schulen eine herausragende Rolle für die Aufklärung über den Rechtsextremismus und dessen menschenfeindliche Ideologie zu.

(Anhaltende Unruhe)

– Was die Grünen daran so lachhaft finden, kann ich nicht verstehen.

Das Wirken von Schulen, Medien, der Politik, privaten Initiativen und das vielfältige Engagement einzelner Menschen leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag, damit jungen Menschen die Verantwortung für die Geschichte, aber auch das